Morgen-Ausgabe
No. 525 — 59. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Zweites Beiblatt
Mittwoch, 8. November 1911

Handelsverträge im Reichstage.

200. Sitzung vom 7. November, 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück, Zimmermann, v. Körner.

Eingegangen ist das Marokkoabkommen mit dem Kongovertrag.

Der Handelsvertrag mit Japan.

Staatssekretär Dr. **Delbrück:** Japan hat einen eigenen Zolltarif geschaffen, der im Juni in Kraft getreten ist und hat sämtliche Verträge gekündigt. Mit den meisten anderen Ländern sind neue Verträge bereits abgeschlossen auf denselben Grundlagen, wie der hier vorgelegte. Der allgemeine Vertrag wird auf zwölf Jahre, bis 1923, abgeschlossen, während unsere Bindung hinsichtlich der Tarifabreden nur bis Ende 1917 geht. Die deutschen Interessenten sind bei den Verhandlungen dauernd gehört worden, insbesondere dem wirtschaftlichen Ausschuß ist in ausgedehntem Maße Gelegenheit zur Aeußerung gegeben worden.

Abg. Dr. **Pieper** (Ztr.) erklärt die Zustimmung seiner Parteifreunde zum Vertrag. Leider gehen die Zugeständnisse gegenüber Japan wieder auf Kosten der deutschen Seidenindustrie. Wir erwarten, daß bei Aufstellung des neuen Zolltarifs die Regierung alles daran setzen wird, daß für Gewebe asiatischer, japanischer Herkunft in Zukunft ein höherer Zoll festgesetzt wird als gegenüber Erzeugnissen europäischer Herkunft. Auffallend ist, daß von Jahr zu Jahr bei Vergebungen mehr amerikanische als deutsche Maschinen berücksichtigt werden. Hoffentlich wirkt die Regierung dahin, daß Japan bei öffentlichen Lieferungen deutsche Waren nicht zurückweist, auch wenn sie billiger und besser sind.

Abg. Dr. **Stresemann** (Natl.): Das uns zum Verständnis des Vertrages vorgelegte Material ist völlig ungenügend. Der Handelsvertragsverein führt in einer von vielen industriellen Korporationen unterstützten Eingabe mit Recht hierüber Beschwerde und ersucht für künftige Fälle um Abhilfe. Bei den so ganz von den unseren verschiedenen Arbeitsverhältnissen Japans ist es keine Phrase, wenn eine begründete

Rücksichtnahme auf den Weltmarkt

gefordert wird. Die Zahl der Länder, die keine Tarifverträge mehr wünschen, sondern sich mit der Meistbegünstigung begnügen, mehrt sich. So wie bisher soll es nicht weitergehen.

Abg. **Raumpf** (Fortschr. Vpt.): Vorteile bringt der Vertrag nur insofern, als sie durch die Entwickelung Japans auf dem Wege einer europäischen Nation bedingt sind. Was soll es uns trösten, daß der englisch-amerikanischen Küstenschiffahrt dieselben Nachteile, wie der unseren, zugefügt werden? Zwischen der deutschen und französischen Fassung des Vertrages bestehen Unterschiede, die durch eine bestimmte Erklärung aus der Welt geschafft werden sollen. Ein Teil der Seidenindustriellen sind geneigt, die Opfer dieses Vertrages auf sich zu nehmen, damit andere Industriezweige Vorteile gewinnen. Wenn man die angeblichen Verbesserungen bei den Zöllen für Chinin und Teerfarben 2c. näher betrachtet, dann sieht man, daß es viel mehr Nachteile sind. Die Behandlung des Kamphers durch die japanische Zollverwaltung steht mit den freundschaftlichen Beziehungen, die der Handelsvertrag herbeiführen soll, in krassem Widerspruch. (Sehr richtig!) Japan versucht, die künstliche Herstellung von Kampfer zu unterbinden und unsere Kampferindustrie zu ruinieren. Von der Meistbegünstigung hat unsere Industrie doch den Vorteil, daß sie mit feststehenden Verhältnissen rechnen kann. Man darf deshalb die Meistbegünstigung nicht so wenig achtungsvoll behandeln. Bei künftigen Vertragsverhandlungen wird es auf einen Abbau unserer übertriebenen Schutzzölle ankommen. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. **Delbrück:** Es ist interessant, daß gerade das Freihandelsland England nicht mehr erreichen konnte, als Deutschland mit seinem gemäßigten Schutzzoll. Die Schwierigkeiten liegen auf anderem Gebiete. Andere Länder sind denselben Entwicklungsgang gegangen wie wir. Damit wächst bei ihnen auch das Bestreben, unsere Industrie vom Auslandsmarkte fernzuhalten. Darin liegt zweifellos eine gewisse Schwierigkeit. Durch einen Abbau unserer Zölle würden wir unser Rüstzeug beim Abschluß von Handelsverträgen nicht verbessern. Das Prinzip der Meistbegünstigung können wir nicht so ohne weiteres beiseite schieben, wir können aber Schwächen durch andere Grundsätze ersetzen. In der Hauptsache werden wir an dem Prinzip festhalten, ebenso an der Höhe des Schutzzolls. Der Staatssekretär erklärt, er werde nach wie vor bestrebt sein, alles zur Beurteilung der Vorlagen wirklich notwendige Material dem Reichstage zur Verfügung zu stellen. Ueber die französische Tagesordnung werden Verhandlungen geführt.

Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt **Kühn** und Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt **v. Körner** weisen darauf hin, daß die Schwierigkeiten verschiedener deutschen Industriezweigen gegenüber der japanischen Konkurrenz nicht in den Handelsvertragstarifen ihre Ursache hätten, sondern in der Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): Das beste an dem Vertrage ist, daß er überhaupt zustande gekommen ist. In bezug auf die Qualität sind wir ja nicht verwöhnt. Es ist schwer zu sagen, ob der portugiesische Vertrag oder der japanische schlechter ist.

Abg. **Linz** (Ztr.) weist ebenfalls auf die Nachteile hin, die der Seidenindustrie durch die japanische Konkurrenz erwachsen.

Abg. **Werner** (Gießen, Wirtschaftl. Vg.): Durch die Handelsvertragspolitik hat man tschechische, polnische und jüdische Einwanderer nach Deutschland gebracht. Jetzt droht die gelbe Gefahr. Man soll sich an Rußland und seiner Abwehrpolitik gegenüber den Fremden ein Beispiel nehmen.

Abg. Dr. **Rösicke** (Kons.): Wir stehen leider vor einer abgeschlossenen Tatsache. Herr Kämpf hat ein merkwürdiges Programm entwickelt. Er will das Rüstzeug stärken, indem er abrüstet, in dem er die Zölle abbaut.

Abg. **Oeser** (Fortschr. Volksp.): Der neue Vertrag verschlechtert den bisherigen Zustand noch. Ueber das Prinzip der Meistbegünstigung wird hier mit großem Leichtsinn gesprochen. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, daß 1917 ein neuer Zolltarif kommt. Die Regierung kann die bisherigen Verträge erneuern oder verlängern. Sie muß erklären, wie sie sich zu verhalten gedenkt.

Der Vertrag wird in erster und zweiter Lesung angenommen, ebenso die Vereinbarung über das Konsulatwesen.

Der Auslieferungsvertrag mit England.

Es folgt die erste Lesung des Vertrags mit Großbritannien über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern zwischen Deutschland und gewissen Protektoraten.

Abg. Dr. **Junck** (Natl.): Sollte es nicht angebracht sein, ein allgemeines Reichsgesetz über den Auslieferungsverkehr zu machen anstatt lauter solche Spezialgesetze?

Geheimrat im Auswärtigen Amt **Kriege:** Ueber die Frage, ob ein Auslieferungsgesetz am Platze sei oder nicht, haben aus Anlaß dieses besonderen Falles keine Erwägungen stattgefunden.

Abg. **Dove** (Fortsch. Volksp.): Eine Resolution Müller-Meiningen von 1905 gab schon Richtlinien für das Auslieferungsverfahren. Auch wir halten die Regelung des Auslieferungswesens durch ein Reichsgesetz für erforderlich und werden immer wieder daran erinnern.

Abg. **Heine** (Soz.): Lieber so wie es jetzt mit England ist, als mit dieser Regierung und dieser Mehrheit ein neues Auslieferungsgesetz!

Abg. Dr. **Junck** (Natl.): Dieser Reichstag wird das Gesetz ja nicht machen; ob es der nächste Reichstag besser macht, ist abzuwarten.

Der Vertrag wird in erster und zweiter Lesung erledigt, ebenso das deutsch-englische Handelsprovisorium.

Das Haus vertagt sich.

Der **Präsident** beraumt die nächste Sitzung an auf Donnerstag 1 Uhr, neben der geschäftsordnungsmäßig auf die Tagesordnung zu setzenden sozialdemokratischen Interpellation über die Entlassung von Eisenbahnarbeitern im Elsaß die **Marokkointerpellationen und die Marokkoverträge.**

Abg. **Bassermann** (Natl.) beantragt, über die auswärtige Politik schon Mittwoch zu verhandeln. Es liegt kein Grund zum Aufschub vor; auch in der französischen Kammer wird morgen verhandelt.

Präsident Graf **Schwerin** bezieht sich auf Aeußerungen von Parteiführern.

Abg. **Graeber** (Zentr.): Der Vorschlag des Präsidenten ist richtig. Wir müssen die Vorlagen, die noch nicht in unserer Mappe sind, erst prüfen, wir müssen den amtlichen Wortlaut kennen. Es wird sich auch darum handeln, ob der Reichstag die Ansicht teilt, daß es sich nur um Vorlagen zur Kenntnisnahme handelt. (Hört! Hört.) Ich habe gehört, daß die Vorlagen nicht einmal Motive enthalten, keine Nachweisungen, nicht einmal eine Karte. Da genügen nicht ein paar Stunden zur Prüfung. Es ist eine Weltvorlage. (Hört, hört!) Unsere politische Verantwortung ist ungeheuer.

Abg. Dr. **Wiemer** (Fortsch. Volksp.): Das Material war nicht rechtzeitig zur Stelle. Haben die Verhandlungen über Marokko so lange gedauert, so kann der Reichstag auch einen Tag für sich beanspruchen. Eine eingehende und gründliche Prüfung des amtlichen Materials muß uns möglich sein.

Abg. **Bassermann** (Natl.): Nachdem Herr Groeber die Prüfung der Frage in Aussicht gestellt hat, ob es überhaupt genügt, eine solche Vorlage zur Kenntnis zu nehmen, bin ich sehr erfreut, daß ich gerne nachgebe (große Heiterkeit), ich ziehe also meinen Einspruch zurück. (Heiterer Beifall.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Auch wir verlangen eine genügende Prüfung. In Frankreich hätte man nicht gewagt, der Kammer ein solches Aktenstück ohne Motive und ohne Karte vorzulegen.

Präsident Graf **Schwerin:** Herr Bassermann hat den Einspruch zurückgezogen, mein Vorschlag ist also einstimmig angenommen.

Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

(Schluß.)

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unterbreitet Generalsekretär Dr. Schweighoffer der Versammlung die Bitte, nachdrücklich für einen erhöhten Schutz der Arbeitswilligen einzutreten und empfiehlt einen entsprechenden Antrag zur Annahme. Der Antrag wird angenommen. Nach einer kurzen Pause sprach Professor Dr. Moldenhauer-Köln über den

Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Er faßte seine Ausführungen in folgendem Antrag zusammen, den er zur Annahme empfahl: Der Zentralverband deutscher Industrieller hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß er der Frage einer erweiterten Zwangsfürsorge für die Angestellten sympathisch gegenüber steht und daß die Industrie bereit ist, für diesen Zweck Opfer zu bringen. Er bleibt aber bei der Ansicht, daß auch jetzt noch der Frage näher getreten werden muß, ob diese sachlich überaus wichtige Frage nicht auf anderem Wege, etwa auf dem Wege des Anschlusses an die Invalidenversicherung, einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden kann. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Industrie und der Deutsche Handelstag haben ihre Bedenken geäußert, noch vor Torschluß ein Gesetz, so fehlerhaft es auch sein mag, zustande zu bringen. Gegen eine derartige gesetzgeberische Arbeit und eine derartig rücksichtslose Behandlung der Interessen von Handel und Industrie erhebt der Zentralverband den schärfsten Widerspruch. Sollte aber auf der Verabschiedung des Gesetzes bestanden werden, so muß der Zentralverband mindestens fordern, daß die im Entwurf vorgesehenen Bestimmungen über die Ersatzkassen und die Versicherungsanträge mit Lebensversicherungsunternehmungen nicht verschlechtert, sondern im Gegenteil verbessert werden, und zwar durch folgende Bestimmungen: 1. Auch künftig zu errichtende Werkkassen können als Ersatzkassen zugelassen werden, wenn sie den im Gesetz angeführten Voraussetzungen entsprechen. 2. Werkkassen gelten als genügend sicher, wenn sie vom kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung zugelassen sind oder diese ihre Grundlage für einwandfrei erklärt hat. 3. Die Freizügigkeit wird dadurch gewährleistet, daß bei Uebertritt eines Angestellten von einer Werkkasse zur Staatsanstalt umgekehrt die Prämienreserve überwiesen wird, so daß der Angestellte stets nur bei einer Kasse versichert ist. 4. Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber, die dieselben Zwecke wie Ersatzkassen verfolgen, sind diesen gleichzustellen. 5. Arbeitgeber, die beim Inkrafttreten des Gesetzes Zuschüsse zu den Lebensversicherungsprämien ihrer Angestellten mindestens in Höhe der gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zahlen und ihren Angestellten auf die Versicherungssumme einen Rechtsanspruch eingeräumt haben, werden für die Dauer des Bestehens dieser Fürsorgeeinrichtung von der gesetzlichen Beitragspflicht sowohl hinsichtlich der bisher versicherten als auch hinsichtlich der zukünftig zur Versicherung gelangenden Angestellten gemäß § 381 des Gesetzentwurfes befreit, vorausgesetzt, daß die in Betracht kommenden Versicherungsgesellschaften sich verpflichten, für die gesundheitlich nicht einwandfreien Risiken die Versicherungen zu den gesetzlichen Normalversicherungsbedingungen und Prämien mit längstens der gesetzlichen Wartezeit abzuschließen. Bei Aufstellung dieser Forderungen hat sich der Zentralverband von der Ueberzeugung leiten lassen, daß das Weiterbestehen und die Weiterentwickelung der von den einzelnen Betrieben geschaffenen Versicherungseinrichtungen im besonderen Interesse der Angestellten liegt, der Gesetzgeber aber alle Maßregeln privater Fürsorge fördern muß, und sie nicht, wie der Entwurf es will, nach Möglichkeit hemmen darf.

Nach kurzer Besprechung wurde der Antrag mit einer von dem Vorsitzenden der Handelskammer Schweidnitz, Kommerzienrat Kaufmann, beantragten Einschaltung bei Punkt 3 angenommen, die verlangt, daß jede Mehrbelastung der Arbeitgeber und Angestellten über die durch die Regierungsvorlage gezogenen Grenzen hinaus unterbleiben müsse.

Darauf schloß Landrat a. D. Rötger die Delegiertenversammlung.

Vereine und Versammlungen.

Sitzung haben Mittwoch abend:

Demokratische Vereinigung, Verband Berlin-Brandenburg. 8½ Uhr in den Sophiensälen, Sophienstraße, öffentliche Volksversammlung, in der Herr Oberst a. D. R. Gädke über das Thema „Die Angst der Reaktion" sprechen wird.

Rollerischer Stenographenverein Schöneberg. 8½ Uhr im Restaurant Bürgergarten, Hauptstraße 56.

Gesangverein Liederschatz 1869. 9 Uhr, Neue Königstraße 26.

Verein „Ehemaliger 44. Gemeindeschüler", Berlin. 9 Uhr im Schultheiß, Wilhelmstraße 118.

Demokratischer Verein Pankow-Niederschönhausen. Restaurant Linder (Krunke), Pankow, Breitestraße 34, abends 8½ Uhr große öffentliche Versammlung. Thema: „Die Wahlparole des Reichskanzlers". Referent: Dr. Rud. Breitscheid.

Bläserbund (Schöneberg). Abends 9 Uhr Uebungsstunden Schöneberg, Eberstraße 18 im Restaurant.

Freibund Berlin. Vereinigung liberaler Akademiker. Pendant Christian Tischendörfer über „Die soziale Lage der Privatangestellten" im Restaurant Saalburg, Mittelstraße 16/17, abends 8½ Uhr.

Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig. Kreisverein Berlin. Bezirk Osten 9 Uhr, Schultheißhof, Große Frankfurterstraße 18. Bezirk Schönhauser Vorstadt 9 Uhr, Schultheiß-Brauerei, Schönhauser Allee 36.

Wissenschaftliche Vereinigung Sphing zu Berlin. 8½ Uhr, Lützowstraße 89/90 (Deutsches Kolonialhaus).

Fachverein der Friseurinnen. 9 Uhr, Industriefestsäle, Beuthstr. 19/20.

Privattheaterverein „Sieglinde". 9 Uhr, Brunnenstr. 154.

Verein der Anhaltiner zu Berlin. 9 Uhr, Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41.

Stenographische Gesellschaft Stolze-Schrey von 1889. 8—10 Uhr Luisenstädtisches Realgymnasium, Sebastianstr. 26.

Literarische Jugendvereinigung 1911. 9 Uhr, Scheller, Alexanderstraße 30.

Orchesterverein Berliner Musikfreunde. 8 Uhr, Festsaal des Vereins junger Kaufleute, Beuthstraße 20.

Verband junger Kaufleute der Leder-, Häute- und Schuhbranche. 9 Uhr, Präsels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

Zwanglos wissenschaftliche Vereinigung. 9 Uhr, Alte Geheimratskneipe, Jerusalemerstraße 8.

Verein der Bayern in Berlin (E. V.). 9 Uhr, Restaurant Zum Spaten, Friedrichstraße 172.

Neuer Literaturverein. 9 Uhr, Wilhelmshof, Anhaltstraße 15.

Berliner Stenographenverein Stolze-Schrey. 8½ bis 10 Uhr, Anhaltische Ressource, Köthenerstraße 114.

Stenographenverein Stolze-Schrey, Bezirk Rixdorf. 8½ Uhr, Restaurant Prager Schinkenklubb, Steinmetzstraße 47.

Berliner Handwerkerverein. 9 Uhr, Sophienstraße 18. Vortrag Stud. F. Herbois: „Gottfried Keller."

Sängerbund Harmonie 1883. 9 Uhr, Hotel Stewen, Niederwallstraße 11.

Frauenchor im Berliner Handwerkerverein. 9 Uhr, Sophienstraße 18.

Gabelsbergerscher Stenographenverein Süd-Berlin. 8½ Uhr, Hotel Stewen, Niederwallstraße 11.

Stenographenverein Gabelsberger Berlin SO. - Rixdorf. 8½ Uhr, Restaurant Zur Hütte, Rixdorf, Berliner Straße 43.

Gabelsbergerische Stenographenvereinigung Berlin NO. 9 Uhr, Restaurant F. Siegel, Große Frankfurter Straße 30.

Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig. Kreisverein Berlin. Bezirk Osten 9 Uhr, Schultheiß-Hof, Große Frankfurter Straße 18. — Schönhauser Vorstadt 9 Uhr, Schultheiß-Brauerei, Schönhauser Allee 36

H. Esders & Dyckhoff
Gertraudtenstrasse 8 u. 9, an der Petrikirche.
Herren- u. Knaben-Kleidung
Besonderes Angebot!
Fertige Herren-
Anzüge · Ulster · Geh-Pelze
Loden- und Pelz-Joppen.

Fesseln Sie Ihre Frau
durch Schönheit und Eleganz Ihrer Kleidung an sich. Gar zu oft wird von seiten der Herren durch kaum glaubliche Vernachlässigung der Kleidung der berechtigte Unwille der Frau hervorgerufen. Die meisten Herren meinen nun, elegante Kleidung erfordere auch ein hohes Einkommen, es ist dieses jedoch absolut nicht der Fall, wenn Sie sich die Reinigungsanstalt von Robert Schmidt, Rosenthaler Str. 9, I. als Ihr Einkaufshaus wählen. Infolge Ersparung der ungeheuren Ladenmiete und durch ungemein vortelhafte Einkaufsgelegenheit bin ich imstande, zu ganz enorm billigen Preisen zu verkaufen. Ich offeriere elegante, nur kurze Zeit getragene
Versand nach Auswärts.
gereinigte Anzüge für 9.00 14.00 18.00 22.00 M.
gereinigte Paletots für 8.00 12.00 16.00 20.00 M.
Neuanschaffungswert teilweise bis 125.— M.
Stets grosse Posten neuer Herren-Garderoben, sehr preiswert, am Lager.
Robert Schmidt, Rosenthaler Str. 9, I. Etage, Ecke August-Str. Kein Laden!
Reinigungsanstalt.
Nachdruck verboten.

Technikum Neustadt i. Mecklb.
Abteilung für Ingenieure, Techniker, Werkmeister.
Höhere Lehranstalt. Masch.-Bau, Elektrot. Elektrizitätswerk. Lehrwerkstatt. — Programm frei.

Weltbekannt schon seit 15 Jahren:
Edelweiss-Fahrrad ist gut und billig!